**Felicitas Weck**

Bundestagsfraktion DIE LINKE

Bund-Länder-Koordination Berlin, 1.2.2019

**Linke Kommunalpolitische Leitlinien/Eckpunkte zu den Kommunalwahlen 2019 in den Bundesländern**

Im Jahr 2019 finden neben den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg in acht Bundesländern (Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) Kommunalwahlen und in den Stadtstaaten Hamburg Bezirksversammlungswahlen und in Bremen im Rahmen der Bürgerschaftswahlen Beiratswahlen sowie Kommunalwahlen in Bremerhaven statt. Aus diesem Grund wurden in fast allen Landesverbänden Rahmenwahlprogramme - Kommunale Leitlinien - Eckpunkte erarbeitet. Bis auf den Landesverband Sachsen sind die Leitlinien von Parteitagen verabschiedet worden.

Hier sind die jeweiligen Leitlinien nachzulesen: DIE LINKE [Baden-Württemberg](https://www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/2019kommunalwahl/kw19-eckpunkte.pdf), DIE LINKE [Brandenburg](https://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Landesverband/Parteitage/6._LPT/1._Tagung/Beschluss_Kommunalpolitische_Eckpunkte_6._LPT_1._Tagung.pdf), DIE LINKE [Bremen](http://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2019/Wahlprogramm_korrigiert_uebernommen_01.pdf), DIE LINKE [Hamburg](http://www.die-linke-hamburg.de/uploads/media/beschl01b_181020.pdf), DIE LINKE [Mecklenburg-Vorpommern](https://www.originalsozial.de/fileadmin/dokumente_2018/2018_10_20_LPT_Grimmen/EndfassungBeschluss_Leitlinien.pdf), DIE LINKE [Rheinland-Pfalz](https://www.dielinke-rhlp.de/wahlen/eckpunkte/), DIE LINKE [Sachsen](https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2018/11/B_6_170_Schwerpunkte-Kommunalwahl-2019.pdf), DIE LINKE [Sachsen-Anhalt](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/aaa_download_lsa/Parteitage/6._LPT__4._Tagung/2018-09-18-KommunalpolitischeLeitlinien.pdf), DIE LINKE [Thüringen](https://www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/parteitage/lpt6_tagung2/beschluesse/2_Willkommen_zu_Hause__In_der_Stadt_und_auf_dem_Land.pdf)

Diese Leitlinien sollen den örtlichen linken Basisorganisationen als Vorlage und Anregung zur Erstellung der kommunalen Wahlprogramme für die zu wählende Vertretung dienen. So könnte den Aktiven vor Ort die programmatische Arbeit erleichtern werden und müsste nur noch an die örtlichen Voraussetzungen angepasst werden. Daraus ergibt sich die Frage, ob die erarbeiteten Texte diese Anforderungen erfüllen.

Die Leitlinien/Eckpunkte/Rahmenwahlprogramme der Linken Landesverbände zeigen über den Aufbau, Sprache und die Gewichtung der einzelnen Positionen durchaus Unterschiede, die aber insgesamt linken Grundsätzen entsprechen. Genauso gehen Kleinteiligkeit und Länge der Texte weit auseinander. Der linke Parteitag des Landesverbandes Sachsen-Anhalt hat ausführliche 40 Seiten beschlossen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern liegen mit ca. 20 Seiten im Mittelfeld und haben inhaltlich voneinander partizipiert. In Sachsen wurde vom Landesvorstand eine kompakte Schwerpunktsetzung beschlossen.

Die Kommunalpolitischen Leitlinien der BAG Kommunalpolitik, die im Jahr 2015 auf dem Bundesparteitag in Berlin verabschiedet wurden, dienten vielen Landesverbänden dabei als Arbeitshilfe. Die aktuell erarbeiteten Rahmenwahlprogramme halten einen bunten vielfältigen Strauß an Forderungen und Ideen vor, die hier an dieser Stelle nicht alle aufgeführt werden können, zumal die Gewichtung von Landesverband zu Landesverband variert. Diese Vielfältigkeit macht aber deutlich, dass Kommunalpolitik nach wie vor als politische Querschnittsaufgabe wahrgenommen wird. Der linke Landesverband Brandenburg gibt für seine Mitglieder ein entsprechendes Angebot: *„Die vorliegenden Kommunalpolitischen Eckpunkte sind keine zentrale Richtlinie für die inhaltliche Ausgestaltung der lokalen und regionalen Wahlkämpfe! Sie sollen vielmehr ein orientierendes Angebot für die Orts- und Kreisverbände sein, das mit einem weiterführenden Beratungsangebot verknüpft ist. Die auf den folgenden Seiten formulierten Themen können Anknüpfungspunkte für die Entwicklung lokaler und regionaler Wahlziele sein. Den sehr verschiedenen Rahmenbedingungen unseres Bundeslandes wollen die Eckpunkte dadurch Rechnung tragen, dass sie zwischen Landkreisen und Gemeinden im ländlichen Raum sowie Kommunen im Berliner Umland differenzieren. Die Kommunalpolitischen Eckpunkte wurden von aktiven linken Kommunalpolitiker\*innen für aktive linke Kommunalpolitiker\*innen erarbeitet und (vor-) diskutiert.“*

Die Leitlinien/Eckpunkte der anderen Landesverbände haben diesen Hinweis zwar nicht formuliert, er ergibt sich aber aus der Notwendigkeit im Kommunalwahlkampf vor Ort zu formulieren, was LINKE Kommunalpolitiker\*innen für die aktuelle Situation im Kreis oder in der Gemeinde fordern.

DIE LINKE Baden-Württemberg : „*Demokratie beginnt vor Ort. Wir verbinden Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik mit dem Eintreten für Reformen und Alternativen. Unser Ziel heißt Demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand bleiben oder wieder in diese zurückgeholt werden. Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für alle!“*

DIE LINKE Sachsen-Anhalt: *„Die Kommune ist der Ort, in dem die Menschen leben und arbeiten. Hier werden wichtige Entscheidungen getroffen, die Lebensalltag und -qualität der Menschen bestimmen. Kommunalpolitik wirkt darauf oft ganz unmittelbar, deshalb will DIE LINKE sich hier einbringen und andere zum Mittun ermutigen. …*

*DIE LINKE ist solidarisch mit allen Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Situation, ihres Einkommens, ihrer Herkunft oder ethnischen Zugehörigkeit, sexuellen Identität oder ihres Lebensentwurfes, einer Krankheit oder Behinderung von der Gesellschaft benachteiligt und/oder diskriminiert werden. Sie stellt sich entschieden gegen ein Ausspielen zwischen unterschiedlichen Benachteiligtengruppen.   
Angesichts des bedrohlichen gesellschaftspolitischen Rechtsrucks, der Zunahme rechter Provokationen und Gewalt, unterstützt DIE LINKE alle Personen und Institutionen der Zivilgesellschaft, die sich dieser Entwicklung entgegen stellen, egal ob hauptamtliche Beschäftigte der mobilen Opferberatung, ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe oder breit gefächerte zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen rechts.“*

DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern: *“ Lebensnah, direkt, demokratisch - Politik ist greifbar, wenn sie etwas vor der eigenen Haustür verändert. Ob nun in der Kommune, im Dorf, in der Kleinstadt, im Amt oder im Landkreis ­hier erleben wir Entscheidungen und können sie auch beeinflussen. Wenn DIE LINKE Kommunalpolitik macht, dann öffnet sie sich den Wünschen und Sorgen aller Einwohner\*innen und ermöglicht es ihnen, eigene Ideen umsetzen, sich direkt zu beteiligen und mitzubestimmen. Dafür sind uns Werte wie ein demokratisches und solidarisches Miteinander wichtig.“*

DIE LINKE Rheinland-Pfalz: *„Sozial, gerecht, demokratisch und friedlich - das sind unsere Leitlinien vor Ort. Seit zehn Jahren streiten Kommunalpolitikerinnen und -politiker der LINKEN für bessere Lebensverhältnisse in unseren Städten und Gemeinden. Mit Erfolg: Die verlässliche Arbeit mit Langzeitarbeitslosen in Pirmasens, das Sozialticket in Trier, unser Einsatz für mehr Geld für stärkere Kommunen, der Kampf für eine menschliche Stadtentwicklung in Kaiserslautern und Mainz, viele Initiativen und Anträge gegen Rassismus und Faschismus - all das hätte es ohne DIE LINKE so nicht gegeben.  
Als LINKE wollen wir, dass die Menschen vor der Wahl wissen, wofür wir nach der Wahl kämpfen. Deswegen formulieren wir „Eckpunkte linker Kommunalpolitik". Diese Eckpunkte beantworten sicher nicht alle Fragen, die in unseren Kommunen entschieden werden müssen. Aber wir geben ein Versprechen: DIE LINKE vor Ort: Sozial, gerecht, demokratisch und friedlich.“*

**Kommunale Finanzen**

Allgemeine Aussagen zu den Kommunalen Finanzen finden sich in allen Texten. Einigkeit besteht darin, dass eine ausreichende Finanzierung der Kommunen unabdingbar für die Kommunale Selbstverwaltung ist.

DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern kritisiert „*Entscheidungen der Landesregierung, die dafür sorgen, den finanziellen Ausgleich für die Kommunen, und auch zwischen ihnen, spürbar zu verbessern, lassen weiter auf sich warten. Stattdessen legt sich das Land üppige Finanzpolster zu. Aus diesem Grund kämpfen wir weiter für eine angemessene aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung…*“

DIE LINKE Thüringen betont „*Für leistungsstarke Kommunen greift das Land den Kommunen mit dem Kommunalen Finanzausgleich kräftig unter die Arme. Das Volumen des Finanzausgleichs betrug im Jahr 2018 fast 2 Milliarden Euro. Landeszuweisungen und Steuermehreinnahmen zusammengerechnet standen den Kommunen thüringenweit im Jahr 2017 im Vergleich zum letzten CDU-regierten Jahr 2014 700 Mio. Euro mehr zur Verfügung*.“

Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Kommunalen Finanzen in Form der Gemeindewirtschaftssteuer finden sich in den Leitlinien in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen. Die Altschuldenproblematik wird von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen.

Die aktuelle Diskussion zur Grundsteuer wird in keinem Text der Landesverbände aufgegriffen.

**Wohnen/Stadtentwicklung**

Ein starkes Thema ist in allen Landesverbänden das Thema Wohnen insgesamt und bezahlbarer Wohnraum insbesondere, die Forderungen ähneln sich und die Ablehnung der Privatisierung insbesondere im Bereich Wohnen wird überall betont.

DIE LINKE Hamburg: „*In Hamburg und in den Bezirken fehlen günstige Wohnungen, vor allem für Menschen mit normalem und niedrigem Einkommen.  Wir wollen deshalb viel mehr Wohnungen bauen lassen, die dauerhaft als Sozialwohnungen mit günstigen Mieten zur Verfügung stehen. Wer Wohnungen und Büroräume Leerstehen lässt, um damit zu spekulieren bzw. sie gewinnbringend als Ferienwohnung vermietet, wird zur Verantwortung gezogen, bis hin zur Enteignung durch die Stadt, wie es Art. 14 des Grundgesetzes vorsieht*.“

Beschrieben wird auch das fast überall vorhandene Stadt-Landgefälle für den Bereich Wohnen. In strukturschwachen Regionen kämpfen Kommunen und Wohnungsunternehmen mit dem Leerstand. Die Ablehnung und Bekämpfung der Gentrifizierung wird insbesondere in den Leitlinien von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern betont. In den Eckpunkten des Landesverbandes Baden-Württemberg finden sich zusätzlich die Forderung nach Wiedereinführung der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und einer Sozialquote bei neuen Wohnbauprojekten von mindestens 50%. Der Landesverband Brandenburg will profitorientierte Investoren des Wohnungsbaus an den Kosten für Gemeinschaftsaufgaben beteiligen.

**Daseinsvorsorge**

Hier tritt die DIE LINKE insgesamt für die öffentliche Daseinsvorsorge in staatlicher Verantwortung ein, sie muss auf hohem Niveau gewährleistet werden. Betont wird, dass das auch ganz besonders für die medizinische Versorgung der Bevölkerung gilt. Thüringen: „Einer weiteren Privatisierung bei der medizinischen Versorgung stellen wir Modelle von Gesundheitseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft entgegen.“

**Mobilität**

Ein Fokus linker Kommunalpolitik liegt in der Mobilität, die Idee vom endgeldfreien ÖPNV wird inzwischen häufiger aufgenommen. Die Forderungen reichen bis hin zu Verbesserungen insbesondere auch im ländlichen Raum.

„*Fahrscheinlos und kostenlos durch M-V!“*

DIE LINKE Brandenburg: „*Günstiger, bestenfalls fahrscheinloser ÖPNV ist dabei ein wichtiger Baustein.“*

DIE LINKE Sachsen: „*Mobilität ist nicht nur Straßenverkehr. Dazu gehört auch ein ausreichendes und sicheres Netz an Rad- und Fußwegen sowie ein guter öffentlicher Nahverkehr, der nicht nur zweimal am Tag durch das Dorf fährt*.“

DIE LINKE Bremen: „*Die ganze Stadt für alle, das bedeutet auch Mobilität für alle: sozial, alters- und kindergerecht, barrierefrei, ökologisch, autoarm, mit kostenlosem ÖPNV und einer sicheren und komfortablen, flächendeckenden Fahrradinfrastruktur*.“

**Geflüchtete**

Hier sind sich die verschiedenen Leitlinien einig. Integration geschieht in den Kommunen. „*Gerade jetzt dürfen Geflüchtete und Asylbewerber\*innen nicht alleingelassen werden. Kultureller Austausch und gemeinsame Aktivitäten sind das Format der Wahl, um Ängste und Vorurteile abzubauen und gemeinsam eine kommunale Familie zu bilden, in der Toleranz und Respekt auf allen Seiten herrschen*.“ (DIE LINKE Thüringen/Mecklenburg-Vorpommern) „*In Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Diese Realität wird von Rechten als Bedrohung dargestellt, um Hass und Rassismus zu schüren. Ihnen geht es darum, die Lohnabhängigen zu spalten. Wir LINKEN wissen: Solidarität ist unteilbar und international. Das Grundrecht auf Asyl muss allen Menschen in Not gewährt werden. Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp und die Erlaubnis zum Familiennachzug. Die Aufnahme flüchtender Menschen ist ein Gebot der Solidarität. In den Bezirken wird hierfür bereits viel getan, den Bezirken müssen allerdings auch die finanziellen Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen bereitgestellt werden.*“

**… und zum Schluß**

Die jeweiligen Leitlinien aus den linken Landesverbänden geben einen konkreten Rahmen und zeigen, Kommunalpolitik ist ungemein vielfältig, selten langweilig und kann viel bewegen. Linken Basisorgansiationen mit ihren Akteur\*innen werden mit diesen Leitlinien ganz konkrete Arbeitshilfen für die Gestaltung der örtlichen Kommunalwahlprogramme zur Verfügung gestellt, die ihnen einen großen Teil Arbeit abnehmen können, damit „das Rad nicht jedes Mal neu erfunden werden muss“. So kann sich die politische Arbeit vor Ort auf die lokalen Spezifika konzentrieren, um ein für die Einwohner\*innen nachvollziehbares kommunales Programm erstellen zu können. Linke Kommunalpolitik besteht aus vielfältigen Handlungsfeldern und Möglichkeiten, entsprechendes Arbeiten vor Ort vorausgesetzt. In die Kommunalpolitik einsteigen heißt, aktiv etwas verändern zu wollen, mitentscheiden und mit gestalten.